

CWVG-Dialog

Magazin der CWG e. V. an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU Chemnitz

ISSN 1610-8248 (Print) - ISSN 1610-823X (Internet)

AUSGABE 03/03, Oktober 2003

Wirkungen der Humankapitalakkumulation auf die Dynamik der regionalen wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands

von Fiodar Kilin, HOST-Student der TU Chemnitz

Eine der wichtigsten Kernpunkte in der deutschen ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahren ist der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Ostdeutschland hat von der kommunistischen Zeit eine rückständige Wirtschaft geerbt. 1990 verzeichnete die ostdeutsche Wirtschaft außerdem einen starken Produktionsrückgang. Die Depressionszeit endete 1991. In dieser Zeit lag der ostdeutsche Pro-Kopf-Output bei 35% des westlichen Niveaus. Dieser Index hat im Jahre 1996 62% erreicht, und einige optimistische Prognosen erwarteten eine volle Konvergenz in 20-25 Jahren. Seit 1996 steigt die Konvergenzrate des Pro-Kopf-Outputs jedoch nicht weiter an (Abbildung 1).

Mehrere Studien schlagen Erklärungen für die gegenwärtige Verzögerung der Outputkonvergenz vor. Der vorliegende Aufsatz enthält sowohl eine Analyse der bestehenden Erklärungen für den Konvergenzstillstand als auch eine neue plausible Erklärung, die auf den Besonderheiten der Dynamik der Humankapitalakkumulation basiert.

Erklärung 1: Hohe feste ostdeutsche Löhne

Nach Sinn (2000) liegt die Hauptursache der gegenwärtigen Verzögerung der Konvergenz bei den hohen festen ostdeutschen Löhnen, die zu einem hohen Arbeitslosigkeitsniveau in den neuen Bundesländern führen. Die Begründung der hohen ostdeutschen Arbeitslosigkeit allein reicht aber nicht aus zur Erklärung des Konvergenzstillstandes. Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern erklärt nur das niedrige Niveau der Konvergenzrate. Das niedrige aber relativ konstante Verhältnis zwischen der ost- und westdeutschen Erwerbstätigenzahl erklärt jedoch nicht, warum das schnellere Wachstum des privaten und staatlichen Kapitalstocks in den neuen als auch in den alten Bundesländern nicht zu einer Zunahme der Konvergenzrate des Pro-Kopf-Outputs führt (siehe Tabelle 1).

Erklärung 2: Stagnation der ostdeutschen Bauwirtschaft

Eine alternative Erklärung der Verzögerung der Konvergenz (DIW(2002)) basiert auf unterschiedlicher Konvergenzdynamik in einigen Wirtschaftssektoren. Dank der hohen staatlichen Förderung des ostdeutschen Baugewerbes hat der Bauboom in den 90er Jahren die Wohnungsnachfrage der ostdeutschen Haushalte gesättigt. Demzufolge ist die Nachfrage im Wohnungsbau in Ostdeutschland derzeit relativ schwach. Diese Tatsache hat eine Verminderung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland als auch die Divergenz in Pro-Kopf-Output zwischen dem ost- und westdeutschen Baugewerbe seit 1996 zur Folge. Im Gegensatz dazu nahm die Rate der Outputkonvergenz im verarbeitenden Gewerbe in den letzten Jahren weiter zu. In anderen Wirtschaftssektoren gab es seit 1996 keine erhebliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Wachstumsrate des Pro-Kopf-Outputs. Das Ergebnis der beschriebenen Konvergenzdynamik ist eine fast kon-

INHALT

Wirkungen der Humankapitalakkumulation auf die Dynamik der regionalen wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands	1
Kollektive Marktbeherrschung	3
Festschrift zum zehnjährigen Bestehen	4
PD Dr. Meckl vertritt Lehrstuhl	7
Chemnitzer Uni begrüßt rund 2.000 Erstsemesterler	8
Veranstaltungshinweise	8

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ^{1.) a.)}	43.7	53.3	57.6	59.9	61.7	62.3	61.7	61.8	60.3	60.2
Kapitalstock je Einwohner ^{2.) b.)}	43.1	45.7	49.3	53.8	58.4	62.4	65.8	69.0	71.8	73.2
Arbeitsnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2.) b.)}	61.9	69.2	72.6	75.2	75.8	76.1	76.2	77.0	77.1	77.2
Erwerbstätige ^{1.) c.)}	18.6	18.4	18.9	19.3	19.2	19.0	18.8	18.6	18.0	17.6

1.) Neue Länder ohne Berlin, Alte Länder einschließlich Berlin

2.) Angaben für Ostdeutschland: Neue Länder und Ostberlin, Angaben für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet

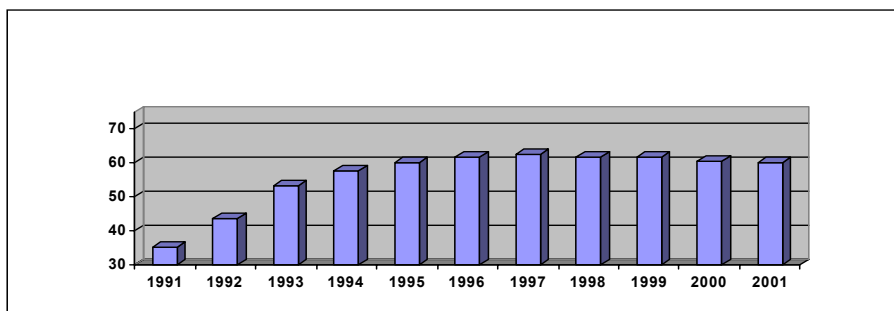
Quellen:

a.) Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2002 (Tabelle 24.18), Statistisches Jahrbuch 1999 (Tabelle 24.9); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

b.) Wochenbericht des DIW 43/2001 (Tabelle 3.7); Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; eigene Berechnungen

c.) Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2002 (Tabelle 6.9)

Tabelle 1: Indikatoren zur wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands. Westdeutschland = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2002 (Tabelle 24.18), Statistisches Jahrbuch 1999

Abbildung 1

stante Rate der gesamtwirtschaftlichen regionalen Outputkonvergenz. Trotzdem ungeklärt bleibt die Tatsache, dass die Rate der Kapitalkonvergenz im verarbeitenden Gewerbe langsamer wächst als die gesamtwirtschaftliche regionale Kapitalkonvergenz. Das bedeutet, dass es Wirtschaftssektoren gibt, in denen die Outputkonvergenz trotz schneller Kapital- und Infrastrukturkonvergenz stagniert. Deshalb soll eine andere Ursache des Stillstandes der Outputkonvergenz gefunden werden.

Neue Erklärung: Effekt der Humankapitalakkumulation

Falls es einen Produktionsfaktor gibt, dessen Konvergenzrate negativ ist, kann die konstante Rate der Outputkonvergenz durch ein Gleichgewicht zwischen der Divergenz eines Faktors und der Konvergenz der zwei anderen Produktionsfaktoren (privater Kapitalstock und öffentliche Infrastruktur) erklärt werden.

Dieser divergierende Produktionsfaktor ist das Humankapitalniveau. Die zunehmende Differenz des Humankapitalniveaus zwischen den neuen und alten Bundesländern kann durch Disaggregation der Arbeitskraft nach Ausbildungsdatum begründet werden (siehe nächster Absatz). Diese Erklärung enthält allerdings ein Paradoxon. Einerseits gleicht die ständige Zunahme der Differenz des Humankapitalniveaus die ständige Abnahme der Differenz zwischen der ost- und westdeutschen öffentlichen Pro-Kopf-Infrastruktur aus, so dass das Outputverhältnis zwischen den neuen und alten Bundesländern konstant bleibt. Gemäß dieser Bedingung erwartet man, dass sich das Verhältnis der privaten Kapitalnachfrage sowie des privaten Kapitalstocks zwischen Ost- und Westdeutschland nicht ändert. Andererseits wächst trotz dieser Erwartungen das Verhältnis von ost- zu westdeutschem privatem Kapitalstock weiter. Dieses Paradoxon kann mit Hilfe der Analyse der

Wirkung der Sicherheitskapitalrestriktionen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die potenzielle private Investitionsnachfrage (private Investitionsnachfrage im Fall der Abwesenheit der Sicherheitskapitalrestriktionen) in Ostdeutschland die realen Privatinvestitionen in den neuen Bundesländern erheblich übersteigt, gelöst werden. Berücksichtigt werden soll, dass die Dynamik des Kapitalstocks nicht nur von der Dynamik anderer Produktionsfaktoren, sondern auch von Sicherheitskapitalrestriktionen wesentlich abhängt.

Die gegenwärtige Verzögerung der Outputkonvergenz kann auf folgende Weise erklärt werden: Staatliche Förderung der ostdeutschen Privatunternehmen erhöht die Privatinvestitionsnachfrage in den neuen Bundesländern. Diese Nachfrage ist sehr hoch, doch sie kann infolge der Sicherheitskapitalrestriktionen nicht vollständig befriedigt werden. Trotzdem wächst der ostdeutsche Kapitalstock mit hoher Geschwindigkeit. Auf der anderen Seite gab es vor der Wiedervereinigung eine extreme Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland bei den Ausgaben des Staates für Bildungswesen. Diese Differenz hat immer noch Einfluss auf die Rate der Humankapitalkonvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland, weil der größte Teil der heutigen ostdeutschen Arbeitskräfte ihre Ausbildung vor 1991 abgeschlossen hat. Aufgrund der Tatsache, dass die Ausgaben des Staatshaushaltes für Bildungswesen in Westdeutschland vor der Wiedervereinigung

gung das ostdeutsche Niveau erheblich überstiegen, wird die Differenz des Humankapitalniveaus zwischen den neuen und alten Bundesländern weiter zunehmen. In den letzten Jahren wirkt die staatliche Förderung des Infrastrukturaufbaus in den neuen Bundesländern einer beträchtlichen Outputdivergenz entgegen, jedoch reicht die Förderung seit 1996 nicht aus, um eine weitere Konvergenz zu ermöglichen. Sobald der Anteil der Bevölkerung, die ihre Ausbildung nach 1991 abgeschlossen hat, einen kritischen Wert übersteigt, wird die regionale Divergenz des Humankapitalniveaus beendet sein. Das wird auch die Geschwindigkeit der Outputkonvergenz zwischen neuen und alten Bundesländern erhöhen.

Diese Erklärung der gegenwärtigen Verzögerung der Outputkonvergenz wurde mit Hilfe eines Zweiregionenwachstumsmodells mit produktiven Staatsausgaben und Humankapitalakkumulation begründet. Dieses Modell sowie die Ergebnisse der Berechnungen, die auf dem Modell basieren, wurden in Kilin (2003) beschrieben. Die Neuheiten dieses Modells sind die Einführung des festen Verhältnisses zwischen den regionalen Lohnniveaus, die Anwendung des erweiterten Gewerkschaftsmonopolmodells im dynamischen Zweiregionenmodell, die Annahme einer stetigen Form der Sicherheitskapitalrestriktionen sowie die Disaggregation der Arbeitskraft nach Ausbildungsdatum.

Schlussfolgerung

Trotz des andauernden Stillstandes des Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft wird die regionale Konvergenz nach einigen Jahren wieder aufgenommen. Die kommende Zunahme der Geschwindigkeit der Outputkonvergenz wird durch Beschleunigung der regionalen Humankapitalkonvergenz verursacht werden. Die Erhöhung der Schnelligkeit der Humankapitalkonvergenz zwischen den neuen und alten Bundesländern wird ihrerseits das Ergebnis der raschen Zunahme der Ausgaben des Staatshaushalts für Bildungswesen in Ostdeutschland in den neunziger Jahren sein. Diese Zunahme der Ausgaben ist schon vorhanden, deshalb braucht die Wiederaufnahme der regionalen Outputkonvergenz keine spezielle Reformen. Eine Reform des Lohnverhandlungssy-

stems oder eine weitere Zunahme der Ausgaben des Staatshaushalts für öffentliche Infrastruktur in Ostdeutschland können jedoch die Konvergenzgeschwindigkeit erheblich erhöhen.

Literatur

- DIW/IfW/IAB/IWH/ZEW (2002), 'Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland'.
- Kilin, F. (2003), 'Analysis of convergence process of East German economy on the base of a two-region growth model', *Economics Working Paper Archive at WUSTL*, 0304002.
- Sinn, H.-W. (2000), 'Germany's Economic Unification – an Assessment Ten Years After', *Working papers of National Bureau of Economic Research*, 7586.

Kollektive Marktbeherrschung – nicht nur für die Fusionskontrolle bedeutsam!

von Prof. Dr. Ludwig Gramlich

Metge und Elberfeld haben in der Juli-Ausgabe des CWG-Dialogs eingängig die „Entwicklungslinien des Konzepts der kollektiven Marktbeherrschung im Rahmen der europäischen Fusionskontrolle“ dargestellt. Dieses Konzept erfährt derzeit eine bereichsspezifische Ausweitung im Telekommunikationssektor: Europäisches Parlament und (Minister-)Rat haben im Frühjahr 2002 ein „Paket“, bestehend aus mehreren Richtlinien und einer Entscheidung, erlassen¹, das für „elektronische Kommunikation“ – wie es im EG-Jargon heißt – aufgrund einer Auswertung der in den vergangenen 15 Jahren angehäuften rechtlichen Bestands eine Konsolidierung und Vereinfachung herbeiführen soll. Einer übergreifenden „Rahmenrichtlinie“² liegt die Idee zugrunde, eine über das allgemeine Wettbewerbs- und

1 Abgedruckt im Anhang zu: Schütz, Raimund/Atendorn, Thorsten/König, Annegret (2003): Elektronische Kommunikation, S. 199 - 318.

Kartellrecht hinausgehende, sektorspezifische Regulierung sei regelmäßig nur noch im Hinblick auf Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht („significant market power“, SMP) gerechtfertigt. Ob diese auf einem bestimmten (räumlichen und sachlichen) Markt gegeben ist, muss in einem komplexen mehrstufigen Verfahren, an dem nicht nur die inländische und andere Regulierungsbehörden, sondern auch die EG-Kommission mitwirken, festgestellt werden.

Hierzu gibt Art. 14 Abs. 2 der Rahmenrichtlinie vor, einem Unternehmen sei dann beträchtliche Marktmacht zu attestieren, wenn es „entweder allein oder gemeinsam mit anderen eine der Beherrschung gleichkommende Stellung einnimmt, d. h. eine wirtschaftlich starke Stellung, die es ihm gestattet, sich in beträchtlichem Umfang unabhängig von Wettbewerbern, Kunden und Letztverbrauchern zu verhalten“.

Den Erwägungsgründen des Rechtsakts zufolge knüpft das SMP-Konzept an die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichts Erster Instanz an (Nr. 25); speziell zu kollektiver Marktbeherrschung heißt es dann: „Bei zwei oder mehr Unternehmen kann davon ausgegangen werden, dass sie gemeinsam eine marktbeherrschende Stellung nicht nur dann einnehmen, wenn strukturelle oder sonstige Beziehungen zwischen ihnen bestehen, sondern auch, wenn die Struktur des betreffenden Marktes als förderlich für koordinierte Effekte angesehen wird, d. h. wenn hierdurch ein paralleles oder angeglichenes wettbewerbswidriges Verhalten auf dem Markt gefördert wird“ (Nr. 26).

Nach Maßgabe von Art. 15 Abs. 2 der Rahmenrichtlinie hat die EG-Kommission im Sommer 2002 unverbindliche, aber nicht irrelevante „Leitlinien zur Marktanalyse und zur Bewertung betrieblicher Marktmacht“ vorgelegt³. Die Kommission nimmt dort (in Nr. 88) ausdrücklich Bezug auf ihre Praxis „von

2 Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste vom 7.3.2002.

3 Leitlinien der Kommission zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht nach dem gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: in: ABl. EU Nr. C 165 vom 11.7.2002, S. 6 – 31.

Entscheidungen auf der Grundlage der Verordnung Nr. 17 und der Fusionskontrollverordnung“ und bescheinigt der EG-Gerichtsbarkeit, „mit einschlägigen Urteilen zu einer weiteren Klärung der genauen Abgrenzung dieses Begriffs beigetragen“ zu haben.

Im Februar 2003 legte die Kommission sodann in einer „Empfehlung“ nach Art. 15 Abs. 1 der Rahmenrichtlinie „im Einklang mit den Grundsätzen des Wettbewerbsrechts“ 18 relevante „Produkt- und Dienstleistungsmärkte“ fest¹. Dazu zählt auch (Nr. 16) die Anrufzustellung („call termination“) in einzelnen Mobilfunknetzen. Inwieweit dieser Rechtsakt den EG-Mitgliedstaaten bei Markt- und Marktmachtdefinition noch Spielräume lässt, ist eine offene Frage; immerhin wurde die Empfehlung im sonst verbindlichen Regelungen vorbehaltenen Teil L des EU-Amtsblatts veröffentlicht!

Gleichwohl rührt diese Position, die bereits in Anhang I Nr. 2 der Rahmenrichtlinie eingenommen wurde, an eine politische Grundfeste deutscher Mobilfunkpolitik – nämlich dort nicht nur „lean regulation“ zu praktizieren, sondern nach dem Motto „hands off“ zu verfahren. Es wird spannend sein zu beobachten, ob und wie es gelingen wird, insbesondere T-Mobile und Vodafone aus dem Geltungsbereich des Art. 14 Abs. 2 der Rahmenrichtlinie herauszuinterpretieren. Denn die deutsche Gesetzgebung, die trotz den Bemühungen einer engagierten Fachabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bislang lediglich am 30.4.2003 einen „Referentenentwurf“ konzipiert², vor Ablauf der Umsetzungsfrist (Juli 2003) aber nicht einmal den für eine Gesetzesvorlage im Parlament notwendigen Kabinettsbeschluss zustande gebracht hat, will sich offenbar dadurch aus der Affäre ziehen, dass die Neufassung des TKG die einschlägigen Passagen der Rahmenrichtlinie wörtlich übernimmt. Dies verspricht auch künftig

1 Empfehlung 2003/111/EG der Kommission vom 11.2.2003 über relevante Produkt- und Dienstmärkte des elektronischen Kommunikationssektors, in: ABl. EU Nr. L 114 vom 8.5.2005, S. 45 – 49.

2 Abrufbar von der homepage des BMWV unter: <http://www.bmwv.de/Redaktion/Inhalte/Downloads/TKG-RefE.property=pdf.pdf>; dazu Heun, Sven-Erik (2003): Der Referentenentwurf zur TKG-Novelle, in: Computer und Recht, 19. Jg., H. 7, S. 485 – 496.

eine gute Konjunktur für telekommunikationsrechtlich spezialisierte Juristen, sorgt aber kaum für die dringend gebotene Erhöhung der Rechts- und Planungssicherheit³.

Festschrift zum zehnjährigen Bestehen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

von Prof. Dr. Friedrich Thießen

Aktuellen Zeitdiagnosen zufolge wird die 'Arbeitsgesellschaft' des 20. Jahrhunderts durch andere Gesellschaftsformationen abgelöst. Da entsteht die 'Wissensgesellschaft', die 'Netzwerkgesellschaft', die 'Unternehmergesellschaft' oder die 'Dienstleistungsgesellschaft', auch die 'Risikogesellschaft' und nicht zuletzt die 'Freizeitgesellschaft' und so fort. Was genau diese Schlagworte verkörpern, ist umstritten. Eines allerdings haben alle gemeinsam: Sie beschreiben Veränderungen in unserer Welt, die viele beschäftigen. Dies muss insbesondere für das Thema 'Arbeit' gelten. Der Begriff der 'neuen Ökonomie der Arbeit' fasst Veränderungen zusammen, die sich unter anderem auszeichnen durch:

- *ein strukturell und qualitativ verändertes Arbeitskräfteangebot*: höhere Qualifikation, höhere Ansprüche an die Arbeit, auch im Hinblick auf Chancen der Selbstverwirklichung, (Wertewandel: Trend zu postmaterialistischen Wertorientierungen), ein wachsender Anteil älterer Arbeitskräfte mit spezifischem Erfahrungs- und Belastbarkeitsprofil, etc.;
- *veränderte geschlechtliche Arbeitsteilung*: steigende Erwerbsbeteiligung weiblicher Arbeitskräfte bei insgesamt leicht steigender Erwerbsquote, die aber ein künftig sinkendes quantitatives Arbeitskräfteangebot (Geburtenrate) nicht kompensieren kann;
- *jobless growth*: Wachstumsraten der Wirtschaft, die nun bereits längerfri-

3 Vgl. etwa Picot, Anold (Hrsg.) (2003): Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, Kap. 7, S. 111 – 132.

stig unter oder gleichauf mit denen der Produktivitätssteigerung liegen, verbunden mit einer Verstetigung und Ausweitung von Massenarbeitslosigkeit;

- *fortgesetzte Verlagerung repetitiver Arbeit auf technische Systeme* (Mechanisierung, Automatisierung, Informatisierung) und auf weniger entwickelte Ökonomien; damit verbunden eine tendenzielle Zunahme der Qualifikationsanforderungen;
- *Tertiarisierung*, d. h. Verlagerung der Beschäftigung vom Produktions- in den Dienstleistungssektor, von manueller auf symbolverarbeitende und interaktive Arbeit;
- *Professionalisierung* im Sinne einer fortschreitenden Verwissenschaftlichung der Ausbildung bei gleichzeitig gegenläufigem Trend der Entberuflichung (zum „Individualberuf“) in mittleren Qualifikationsniveaus, bedingt durch die intensivierte Wissensproduktion (schnelleres Veralten von Wissensbeständen) und beschleunigten Wandel in den Einsatzfeldern des Wissens, im Branchengefüge, und so fort;
- *zeitliche Entgrenzung der Arbeitsprozesse*: „Arbeit rund um die Uhr“ beim Betrieb kapitalintensiver Anlagen und („rund um den Globus“) bei hohem Druck auf die Verkürzung von Innovationszyklen, etwa in Automobil- und Softwareentwicklung; und insgesamt bei flexibilisierten Arbeitszeitregimes (Vertrauensarbeitszeit, etc.);
- *Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsvertragsformen*, verbunden mit der Herausbildung neuer Arbeitsformen (Verbreitung von Projektarbeit, kopräsenten und virtuellen Teams, task forces, Grenzgängern bzw. boundary spanners, etc.);
- *Entgrenzung von Arbeit und Kapital*, Übernahme unternehmerischer Funktionen und Risiken durch Arbeitskräfte, etwa in Form des Intrapreneuring und des Subcontracting bis hin zur Scheinselbständigkeit und zur „neuen Selbständigkeit“, „free-

lancer“, „Arbeitskraftunternehmer“ u. ä.;

- Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und „Prekarisierung“, d. h. Zunahme ungeschützter, befristeter und schlecht bezahlter (ggf. nicht auskömmlicher) Beschäftigungsverhältnisse, bei gleichzeitiger Deregulierung auf der Ebene der Arbeitsgesetzgebung („Rekommodifizierung“ von Arbeitskraft)¹;
- *Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen* (industrial relations), in Gestalt abnehmender Tarifbindung bzw. Verbandsmitgliedschaft, Öffnung der Tarifverträge, etc., also auch auf dieser Ebene der eine fortschreitende Individualisierung der Verhandlungssysteme.

Was das im Einzelnen ökonomisch bedeutet, welche Konsequenzen damit verbunden sind, wie überhaupt diese Tendenzbeschreibungen – sowie viele weitere – empirisch fundiert sind und was im normativen Sinne zu tun ist, das ist Gegenstand einer disziplinenübergreifenden Diskussion, die in den Beiträgen des Buches aufgegriffen wird. Freilich erhebt der Band keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität, wie er an ein Lehrbuch zu stellen wäre. Es ist eine Besonderheit der vorliegenden Schrift, vielleicht sogar ein Unikum, dass es gelang, praktisch alle Mitglieder einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät anlässlich der Feier ihres zehnjährigen Bestehens um ein gemeinsames Thema zu scharen, das aus verschiedener Perspektive beleuchtet wird. Schließlich besteht das Konstruktionsprinzip der universitären Fakultät darin, ein breites Themenspektrum abzudecken und dazu Fachkolleginnen und -kollegen gerade unterschiedlicher Spezialisierung, meist auch verschiedener Disziplinen zu versammeln. Das erschwert einerseits die Einigung auf gemeinsame Forschungsthemen. Das ist aber andererseits, wenn es gelingt, auch eine Chance, ein Themenfeld in großer Breite zu skizzieren. Insofern ist das Buch sowohl ein Bekenntnis zur Bedeu-

¹ Gemeint ist damit die Wiederherstellung der Warenförmigkeit von Arbeitskraft, v. a. im Zusammenhang mit einem Verständnis von quasi-unternehmerisch zu führenden Nationalökonomien (z.B. Heinze u.a. 1999).

tung von Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft als auch eines zum Prinzip der Interdisziplinarität. Nicht zuletzt gehört das Thema zu den strategischen Profillinien der Fakultät und der Universität.

Zum Inhalt im Einzelnen:

Das erste Kapitel des Bandes zur *Neubewertung von Arbeit und Verwertung immaterieller Ressourcen* leitet Uwe Götze mit seinem Beitrag zur Frage ein, welchen Stellenwert *Der Faktor Arbeit in der industriellen Standorttheorie* hat. Darin zeigt der Autor unter anderem, wie menschliche Arbeit in Mehrzielmodelle und monetäre Investitionsrechenmodelle zur Standortwahl einbezogen werden kann, und wie sich ihre Auswirkungen auf die Zielerreichung und Alternativenwahl in diesen Modellen analysieren lassen. Er erweitert die Modellanalysen anschließend auf die Leistungszuordnung im Rahmen der Standortstrukturgestaltung und damit auch auf die Verteilung von Arbeit auf verschiedene Standorte. Schließlich skizziert er die Aufgaben, die im Interesse einer gezielten integrierten Entwicklung und Nutzung der Ressourcen 'Standort' und 'Arbeit' im Rahmen eines Kompetenzmanagements zu bewältigen sind. Diese Überlegungen seien auch auf Netzwerke kooperierender Unternehmen übertragbar.

Ein interessantes Kennzeichen der neuen Ökonomie ist die überraschende Wettbewerbsstärke kleiner Unternehmen, die über Kooperationen und Netzwerke die ihnen zufallenden Aufgaben gut bewältigen. Kooperationen und Netzwerke leben von sozialen Beziehungen der Akteure, die als Soft-Factors bezeichnet werden, wie Vertrauen, Zuverlässigkeit, Kommunikationsfähigkeit u. a. Es stellt sich die Frage, ob man optimale Netzwerkstrukturen auch und gerade unter Einbeziehung von Soft-Factors berechnen kann. Die Autoren *Jochim Käschel, Tobias Teich* und *Matthias Zimmermann* stellen in ihrem Beitrag *Quantifizierung der Wirksamkeit von Partnern in einem Team auf der Basis von Soft-Fact-Ausprägungen*, ein Analysetool vor, das derartige Berechnungen ermöglicht.

Ronald Hartz und *Rainhart Lang* widmen sich in ihrem Beitrag *Herrschaft*

und Kontrolle: Forschungsperspektiven des Wandels organisationaler Kontrolle dem ihrer Meinung nach in der derzeitigen Debatte um neuen Formen der Arbeit vernachlässigten Problem neuer Kontrollformen bzw. neuer Anforderungen an Kontrolle und Einbindung von Arbeit. Zu diesem Zweck zeichnen sie die Entwicklung der Arbeitsprozessstheorie nach, welche paradigmatisch die Nutzung von Arbeitskraft in Organisationen als Herrschafts- und Kontrollproblem analysiert. Sie stellen neue kontrolltheoretische Ansätze vor und zeigen deren Potential zur Lösung aktueller Probleme auf.

Den Konsequenzen von Intrapreneuring, neuer Selbständigkeit und Ich-AGs geht der Beitrag *Von der Personalwirtschaftslehre zur Wirtschaftslehre der Person?* von *Manfred Moldaschl* nach. Allenthalben wird eine neue „unternehmerische Ära“ oder Kultur beschworen, sei es in Form einer Diagnose sich verbreitender „neuer Selbständigkeit“, oder als Therapieempfehlung für darbenende Arbeitsmärkte. Der Autor analysiert die Begründungen für eine neue Logik „unternehmerischer Arbeit“ ebenso wie die empirischen Befunde dazu, letztere auf der Ebene von Arbeitsmarktdaten und anhand qualitativer Befunde der Personal- und Organisationsforschung. Er kommt zum Schluss, dass neben einer Managementlehre, welche den erweiterten Zugriff von Führungskräften auf Arbeitskräfte 'als Personal' anleitet, eine Wirtschaftslehre 'der Person' etabliert werden müsse, die sich an den Interessen der mehr oder weniger selbständig Arbeitenden orientiert.

Peter Pawlowsky, Daniela Menzel und *Silke Geithner* beleuchten in ihrem Beitrag *Erfassung und Management immaterieller Ressourcen* – eine Aufgabe für das Personalmanagement das Problem des Managements immaterieller Ressourcen. Sie gehen aus von der These, dass in modernen Wirtschaftssystemen der Umgang mit Wissen und anderen immateriellen Ressourcen immer wichtiger für den unternehmerischen Wertschöpfungsprozess sei. Sie stellen fest, dass die betriebswirtschaftlichen Arbeitsinstrumente zum Management betrieblicher Ressourcen primär auf die traditionellen Produktionsfaktoren gerichtet sind. Es werden neue Konzept

vorgestellt, mit denen intangible Ressourcen erfasst und Wissensprozesse in Organisationen besser gemanagt werden können. Diese haben Konsequenzen auch auf die Ausgestaltung des Personalmanagements.

Dem Management von Personalabbauprozessen widmet sich der Beitrag *Personalabbau in Ostdeutschland – (k)ein Problem für die Führungskräfte?* von *Thomas Steger*. Personalabbauprozesse stellen eine Herausforderung für Führungskräfte dar, die häufig von derartigen Prozessen überfordert sind. Es kommt zu Überlastungssymptomen, gesundheitlichen und familiären Problemen. Steger untersucht in seinem Beitrag empirisch Personalabbauprozesse bei ostdeutschen Unternehmen und arbeitet die Bewältigungsmuster der entlassenden Führungskräfte heraus, die anschließend bewertet werden.

An der These, dass die Verarbeitung von Wissen zu einem dominierenden Wertschöpfungsfaktor wird, knüpfen *Oleg Cernavin* und *Friedrich Thießen* mit dem Beitrag *Von der Industrie- zur Wissensökonomie* an. Sie diskutieren neue Anforderungen an die Gestaltung von Arbeit, die sich aus der Verbreitung von Informationstechnologie und „Wissensarbeit“ ergeben. Komplexität, Unübersichtlichkeit, die Bewältigung von Wandel, neue Formen der Belastungen, der Ausgrenzung und Eingrenzung oder des Zugangs zu Wissensbeständen seien zu bewältigen. Die Autoren stellen mit der Arbeits- und der Organisationsvereinbarung zwei Instrumente dar, mittels derer Unternehmen die damit verbundenen Herausforderungen pragmatisch bewältigen könnten.

Helmut Woll bearbeitet in seinem Beitrag *Telearbeit und Beruflichkeit* die Folgen der zunehmenden Ausbreitung von Informationstechnologien. Computer und andere Arbeitsgeräte haben die Arbeitswelt derart verändert, dass traditionelle Berufe verdrängt wurden. Neue Arbeitsweisen haben notwendige Qualifikationen, Arbeitsweisen, Ausbildungsgänge und Tätigkeiten verändert. Einige sprechen davon, dass das Konzept des Berufs sich generell in Auflösung befinde. Woll geht der Frage nach, ob neuen Formen der Arbeit mit Informationstechnologischer Unterstützung – z. B. Telearbeit – neue Berufe darstellen.

Cornelia Zanger und *Frauke Deckow* gehen in ihrem Beitrag *Das Management von Arbeit aus der Perspektive des Marketing* wie andere Beiträge in diesem Buch von der These aus, dass in modernen Wirtschaftssystemen der Umgang mit Wissen immer wichtiger für den unternehmerischen Erfolg wird. Sie untersuchen die Konsequenzen derartiger Veränderungen aus Marketingsicht. Ansatzpunkt ist der Kompetenzbegriff. Die Autoren fragen, wie man Kompetenzpotentiale unter Berücksichtigung aktueller Kundenbedürfnisse und Marktgegebenheiten im Unternehmen generieren und auf deren Grundlage wettbewerbsfähige Leistungen erzeugen und absetzen kann. Sie entwickeln Instrumente des Kompetenzmarketings, mit denen Kompetenzinhalte des Anbieters auf potenzielle Kunden übertragen werden können. Sie leisten dadurch einen Beitrag, die Wissenspotentiale in Unternehmen für bezahlte Absatzleistungen zu nutzen.

Das *zweite Kapitel* des Bandes befasst sich mit dem *Einfluss rechtlicher Rahmenbedingungen* der Gestaltung von Arbeit sowie mit Möglichkeiten ihrer Nutzung. So wird etwa der mobilen Telearbeit eine (auch künftig) rasch wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung beigegeben.

Ludwig Gramlich stellt in seinem Beitrag *Telearbeit – Nationale und internationale Rahmenbedingungen und Vorgaben* fest, dass hieraus resultierende rechtliche Fragen gleichwohl noch kaum diskutiert werden, und will diese Lücke im Hinblick auf zwei zentrale Felder – Verfassungsrecht und Datenschutzrecht – schließen helfen. Darüber hinaus zeigt er Konsequenzen im staatsorganisatorischen Bereich auf.

Steuerrechtliche Fragen der Entlohnung behandelt der Beitrag *Vergütungssystem und Besteuerung* von *Klaus Henselmann*. Er weist darauf hin, dass verschiedene Formen der Entlohnung von Mitarbeitern steuerlich nicht selten unterschiedlich behandelt werden, und diskutiert, wie rationale Akteure objektiv vorteilhafte Gestaltungen suchen und nachteilige Gestaltungen vermeiden können. In der Realität der Steuerplanung sei allerdings zu beachten, dass unvollständige Information, Unsicherheit, subjektive Nutzenwahrnehmungen und

Interessenkonflikte zu anderen Lösungen führen können.

Quasi als Brückentext zum nächsten Kapitel steht der Beitrag von *Claus Scholl: Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt – eine ökonomische Analyse*. Er geht davon aus, dass der deutsche Gesetzgeber über Jahrzehnte hinweg den Schutz der Arbeitnehmer zu Lasten der Arbeitgeber ständig verstärkt und verfeinert habe. Am Beispiel des Berufsbildungsgesetzes und der arbeitsrechtlichen Sondervorschriften für Schwerbehinderte sowie für werdende und erziehende Mütter, untersucht er, ob und inwieweit die arbeitsrechtsrechtlichen Regelungen insbesondere der Kündigungsschutz, ihr Ziel erreichen oder gar zur Arbeitslosigkeit der geschätzten Personenkreise beitragen und kommt dabei zu einem negativen Ergebnis. Sein Fazit schließt allerdings auch die Folgerung ein: „Gegenüber den Wirkungen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik sind die möglichen positiven Wirkungen des Arbeitsrechts denkbar gering.“

Das *dritte Kapitel* des vorliegenden Bandes greift unter der Überschrift *Arbeitsmarkt und Prosperität* vor allem das drängende Problem der Arbeitslosigkeit auf, und setzt bei der Analyse wie bei der Diskussion von Eingriffsmöglichkeiten einen Schwerpunkt bei den ostdeutschen Arbeitsmärkten. Im Hinblick auf die Ökonomie der neuen Bundesländer war etwa die oben zitierte Studie von *Windolf u. a. (1999)* zur durchaus zuge-spitzten Charakterisierung „Dependenzwirtschaft ohne eigene Reproduktionsfähigkeit“ gelangt.

Der Beitrag *Leitlinien der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland* von *Fritz Helmedag* liest sich wie eine Folgerung aus der *Windolfschen Studie*. Der Autor diskutiert, an welchen Stellen die Wirtschaftsförderung in den Neuen Bundesländern bislang ansetzte, und prüft auf der Grundlage eines regionalen Beschäftigungsmodells, wo sie stattdessen ansetzen sollte. Er arbeitet dabei, im Rückgriff auf die klassische Unterscheidung in produktive und unproduktive Arbeit, heraus, dass in erster Linie die ostdeutsche Exportwirtschaft Förderung verdiene.

Dem *Demographischen Wandel und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in*

Sachsen geht Klaus Dieter John im folgenden Beitrag nach. Ausgehend vom Faktum einer seit Jahren bedrückend hohen Arbeitslosigkeit in Sachsen untersucht John, in welchem Umfang und mit welcher zeitlichen Perspektive sich der Bevölkerungsrückgang auf die Höhe der Arbeitslosigkeit auswirkt. Er kommt zum Ergebnis, dass im Unterschied zur Situation in Gesamtdeutschland der sächsische Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren tatsächlich durch den demographischen Wandel entlastet werde. Er zeigt darüber hinaus, dass wichtige Einflussfaktoren auf die zukünftige Beschäftigung heute noch unbestimmbar sind, so dass die Hoffnung auf eine Lösung des Arbeitslosenproblems allein durch demographischen Wandel trügerisch ist.

Thomas Kuhn geht in seinem Beitrag *Regionale Wachstums- und Distributionseffekte der europäischen Integration* auf die regionalen Wachstums- bzw. Schrumpfungseffekte ein, die aus einer Umverteilung von regionalpolitischen Fördermitteln der EU resultieren, die nach Aufnahme der Beitrittsländer in die EU zu erwarten sind. Kuhn zeigt modelltheoretisch, dass die alten EU-Länder Nachteile haben werden und insofern Umverteilungen von Regionalfonds widersprechen müssten. Er zeigt aber weiter, dass es mit dem Entscheid, neue Länder aufzunehmen, im Grunde keine Alternative mehr zu der Umverteilung gibt, es sei denn die EU änderte die von ihr angestrebten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele.

In seinem Beitrag *Neoklassische Arbeitsmarkttheorie und Beschäftigung in Ostdeutschland* geht Klaus Müller auf die neoliberale Lohn- und Beschäftigungstheorie ein, das in der derzeitigen Diskussion um die richtige Antwort auf Arbeitslosigkeit und Stagnation eine große Rolle spiele. Müller weist darauf hin, dass viele Argumente plakativ und vereinfacht vorgetragen werden, und zeigt auf, welche Fakten den Standardargumenten entgegenstehen. Abschließend plädiert er für eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung.

Ausgehend von der besonders angespannten Arbeitsmarktsituation in den Neuen Bundesländern eruiert Karen Pittel und Dirk Rübhelke *Perspektiven für den ostdeutschen Arbeitsmarkt im*

Umweltschutz. Sie identifizieren zunächst ein scheinbares Dilemma: Ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit sei ohne ein stärkeres Wirtschaftswachstum kaum zu erwarten; dieses aber würde tendenziell stärkere Belastungen der Umwelt nach sich ziehen. Im Anschluss daran untersuchen sie, welche Optionen existieren, um diesem Dilemma zu entkommen bzw. es als ein scheinbares aufzulösen. Technologien u. a. zur Nutzung regenerativer Energien wird dabei eine zentrale Rolle zugewiesen, da sie einerseits Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln, und andererseits als Beschäftigungsquelle dienen könnten.

Ausgehend von einer kurzen Bestandsaufnahme zum Thema Wachstumsmanagement in der Forschung werden im Beitrag *Beschäftigungsimpulse von Entrepreneurship-Lehrstühlen* von Olaf Gierhake Maßnahmen der Professur „Unternehmensgründung“ der TU Chemnitz zur Stimulation von Beschäftigung durch Unterstützung von Unternehmen vorgestellt und eine Verbundinitiative sächsischer Wachstumsunternehmen mit Akteuren aus Politik und Wissenschaft vorgeschlagen.

Pia Weiß untersucht in ihrem Beitrag *Finanzierungsalternativen der Arbeitslosenunterstützung bei dauerhafter Unterbeschäftigung*, welche Auswirkungen die Erhebung einer Mehrwertsteuer und einer Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung auf die Beschäftigung und die Löhne haben. Sie zeigt, dass die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung nicht neutral in Bezug auf die Arbeitslosigkeit ist, und dass die Beschäftigung unter einer Mehrwertsteuer höher ist als jene unter einer Arbeitslosenversicherung, in der die Beschäftigten zumindest einen Teil der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Darüber hinaus wird ihrer Modellierung zufolge das Beschäftigungsniveau zurückgehen, wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung allein von den beschäftigten Arbeitnehmern zu tragen sind. Dieser negative Beschäftigungseffekt verschwindet, wenn die Beiträge von Beschäftigten und Arbeitslosen geleistet werden.

PD Dr. Jürgen Meckl vertritt Lehrstuhl

Im Wintersemester 2003/04 wird Herr PD Dr. Jürgen Meckl die Vertretung des Lehrstuhls VWL III (Makroökonomie) übernehmen. Zu seinem Lehrangebot zählen die Veranstaltungen „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“, „Europäische Integration“ und „Arbeitsmarktökonomie“.

Zur Person: Jürgen Meckl, geboren am 9. Februar 1962, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er lebt „auf“ dem Weltkulturerbe Klosterinsel Reichenau. In seiner Freizeit spielt der überzeugte FC Nürnberg-Anhänger Gitarre und fährt gerne Rad.

Er studierte bis Mai 1988 an der Universität Regensburg Volkswirtschaftslehre.

Von 1988 - 1993 arbeitete Meckl als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 178 „Internationalisierung der Wirtschaft“. Im November 1993 promovierte er und arbeitete ab 1994 als Hochschulassistent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Statistik an der Universität Konstanz. Ab 2000 war er dort als Hochschuldozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften tätig.

Meckl übernahm in den Jahren 2001 und 2002 die Vertretung der Professur für Sozialpolitik an der Technischen Universität Dresden. 2002 vertrat er die Professur für Wirtschaftstheorie an der Universität Tübingen.

Im Rahmen seiner bisherigen Tätigkeiten und Forschungsarbeiten hat Herr PD Dr. Meckl den Lehrpreis des Landes Baden-Württemberg, 1999, sowie den Dornier Förderpreis, 1995, erhalten.

Zu seinen bisherigen Publikationen zählt u. a. das Buch „Investitionsdynamik und strukturelle Anpassung in offenen Volkswirtschaften“, Mohr (Siebeck), Tübingen, 1994. Des Weiteren publizierte Meckl in einer Vielzahl renommierter wissenschaftlicher Zeitschriften, wie etwa dem *Economic Journal*, *Journal of Macroeconomics*, *Economic Theory*, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* und *German Economic Review*.

Chemnitzer Uni begrüßt rund 2.000 Erstsemestler

Rund 2.000 Erstsemestler begannen im Oktober ein Studium an der Technischen Universität Chemnitz. Am 13. Oktober 2003 fand deshalb die Immatrikulationsfeier im Großen Saal der Stadthalle Chemnitz statt, zu der alle Studienanfänger eingeladen waren.

Begrüßt wurden die Erstsemestler durch den neuen Rektor der Chemnitzer Universität, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matthes. Nach den Grußworten von Barbara Ludwig, Bürgermeisterin für Gesundheit, Soziales und Kultur der Stadt Chemnitz, und des Studentenrates erfolgte die Verleihung der Universitätspreise 2003, mit denen sieben Magister- und Diplomarbeiten ausgezeichnet wurden. Darüber hinaus wurden insgesamt 15 Stipendien an deutsche und ausländische Studierende und Doktoranden sowie der Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an einen hervorragenden ausländischen Promotionsstudenten vergeben. Die Preise und Stipendien sind von Sponsoren der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens gestiftet worden.

Den Festvortrag hielt in diesem Jahr Michael Oeljeklaus, Geschäftsführer Technik und Sprecher der Geschäftsführung der VW Sachsen GmbH und Mitglied im Kuratorium der TU Chemnitz. Durch das Programm führte Prof. Dr. Cornelia Zanger, Dekanin der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Professorin für Marketing und Handelsbetriebslehre.

Mit insgesamt 71 Studiengängen bietet die Uni zum Wintersemester 2003/2004 so viele Studiengänge an wie nie zuvor. Bei den aktuell etwa 2.000 Erstsemestlern waren in diesem Semester vor allem die Diplomstudiengänge Maschinenbau und Soziologie, die interdisziplinären Bachelor-Studiengänge „Europastudien/European Studies“ sowie die Magister-Hauptfächer Pädagogik und Politikwissenschaft gefragt.

Das Studentensekretariat schätzt ein, dass noch in diesem Jahr die Grenze von insgesamt 10.000 Studierenden an der TU Chemnitz erreicht werden könnte. Dies wäre zugleich ein neuer Rekord.

Veranstaltungstermine

Festakt zum 10-jährigen Bestehen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

14. November 2003, 14.00 Uhr,
Reichenhainer Str. 70, Neues Hörsaalgebäude, Hörsaal N114

Programm

Begrüßung

Prof. Dr. Cornelia Zanger
Dekanin

Grußworte

Dr. Dr. Gert Maibaum
Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Dr. Peter Seifert
Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz

Magnifizenz Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matthes
Rektor der Technischen Universität Chemnitz

Festvortrag

„Perspektiven der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung in Deutschland“
Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Kieser
Universität Mannheim

Vorträge

„Die Gründungsjahre der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften“
Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Rütger Wossidlo
Gründungsdekan

„Stand und Perspektiven der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften“
Prof. Dr. Cornelia Zanger
Dekanin

„Unternehmer / Entrepreneur nach der Wende sein - ein Rückblick“
Gunnar Grosse
Vorstandsvorsitzender der Komsa Kommunikation Sachsen AG

Es musizieren Mitglieder der Robert-Schumann-Philharmonie Chemnitz. Durch die Veranstaltung führt Prof. Dr. Joachim Käschel

Für alle Interessierten findet ab 18.00 Uhr ein Treffen in der Gaststätte „Fuchsbau“, Carolastraße 8, statt.

Chemnitzer Volkswirtschaftliches Forschungsseminar im Wintersemester 2003/2004

05.11.2003

Dr. Donald Storrie, Universität Göteborg, Director of the Center for European Labor Market Studies
„The echo of displacement“

10.11.2003, 15.45 Uhr

Prof. Dr. Viktor Vanberg, Universität Freiburg
„Rationalitätsprinzip und Rationalitätshypothesen: Zum methodologischen Status der Theorie rationalen Handelns“

26.11.2003

Prof. Dr. Henry Ohlsson, Universität Uppsala, Mitglied des schwedischen Sachverständigenrates
Thema wird noch bekannt gegeben.

03.12.2003

Prof. Dr. Friedel Bolle, Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Thema wird noch bekannt gegeben.

07.01.2004

Prof. Dr. Jan Tuinstra, Universität Amsterdam
Thema wird noch bekannt gegeben.

14.01.2004

Dr. Kristof Dascher, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Thema wird noch bekannt gegeben.

21.01.2004

Prof. Dr. Georg Hirte, TU Dresden
Thema wird noch bekannt gegeben.

28.01.2004

Prof. Dr. Günter Krause, Berlin
Thema wird noch bekannt gegeben.

04.02.2004

Prof. Dr. Eytan Sheshinski, Universität Jerusalem
Thema wird noch bekannt gegeben.

Veranstaltungsort und -zeit:

Fakultätsraum 638, Reichenhainer Str. 39, mittwochs 18.30 Uhr

Veranstalter:
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Technischen Universität

Organisation:
Prof. Dr. Thomas Kuhn, TU Chemnitz,
Reichenhainer Str. 39, Tel.: 0371/531-
4941.

**Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen
- Vorträge, Lectures, Seminare -**

29.10.2003, 18.15 - 19.45 Uhr
Bruce Kogut, University of Pennsylvania

„Firms and Networks Over Time: Some
Thoughts on Generative Rules and Simulations“

05.11.2003, 16.15 - 17.45 Uhr
Giulio Bottazzi, Santa Anna Institute,
Pisa
„t.b.a.“

11.11.2003, 16.15 - 17.45 Uhr
Andreas Chai, MPI, Jena
„Attention, Fashion and the Growth of
Demand“

18.11.2003, 16.15 - 17.45 Uhr
Robert Layton, University Durham
„Evolutionary Theory and Economic
Change: The Case of Rural France?“

25.11.2003, 16.15 - 17.45 Uhr
Chrysostomos Mantzavinos, MPI, Bonn
„Learning, Institutions, and Economic
Performance“

09.12.2003, 16.15 - 17.45 Uhr
Friedrich Schneider, University of Linz
„Analyse von Finanzströmen islami-
scher Terror-Organisationen“

Weitere Informationen unter:
www.mpiew-jena.mpg.de

**dialog e.V. Chemnitz lädt ein zur Ta-
gung „Aufbruch nach Russland - Die
deutsch-russischen Wirtschaftsbezie-
hungen aus sächsischer Perspektive“**

Veranstaltungstermin:
21.11.2003, 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:
TU Chemnitz - Neues Hörsaalgebäude -
N 112

Themen:

„Überblick zu den deutsch-russischen
Wirtschaftsbeziehungen und aktuellen
wirtschaftlichen und sozialen Entwick-
lungen“
Dr. Boris E. Zaritskiy, Berlin
Wirtschaftsattaché bei der Botschaft der
Russischen Föderation

„Gründung eines Kooperationsbüros für
die Region um Moskau“
Martina Richter, Bautzen
Geschäftsführerin BHP Eurasia GmbH

„Tradition und Chancen der sächsischen
Wirtschaft auf den russischen Märkten“
Prof. Dr. Volkmar Kreissig, Minsk
Berater für Regierungen und Unterneh-
men in Russland, Weißrussland und Bul-
garien

„Aufstellung von Siemens im russischen
Markt, Aktivitäten in Moskau und den
Regionen“
Walter Hoffmann, Moskau
Leiter Vertrieb Russland, OOO Sie-
mens, A&D MC

„Zusammenarbeit mit der Sowjetunion
einst - Kooperation mit Russland heute“
Jörg Engelmann, Chemnitz
Leiter Project Management, Lurgi Life
Science GmbH

Impressum:

Herausgeber: Chemnitzer Wirtschafts-
wissenschaftliche Gesellschaft e.V.

c/o Fakultät für Wirtschaftswissenschaf-
ten, TU Chemnitz, 09107 Chemnitz

Annahme von Beiträgen und Redaktion:
Dr. Dirk Rübhelke, Reichenhainer Str.
39, Zi. 107, Telefon: 0371/531-4212,
Telefax: 0371/531-3963, E-mail:
dirk.ruebhelke@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Layout: Marlene Richter, Reichenhainer
Str. 39, Zi. 518, Telefon: 0371/531-
4197, E-mail: [marlene.richter@wirt-
schaft.tu-chemnitz.de](mailto:marlene.richter@wirtschaft.tu-chemnitz.de)

ISSN (Print-Ausgabe): 1610-8248
ISSN (Internet-Ausgabe): 1610-823X

■
CHEMNITZER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT
C/O FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ
REICHENHAINER STR. 39
09107 CHEMNITZ